

H2neu Attac Kampagne „Steurgerechtigkeit durchsetzen – Steuerprivilegien abschaffen!“

Antragssteller*in: AG Finanzmärkte & Steuern

Vorschlagstext

Der Ratschlag begrüßt und unterstützt den Vorschlag der AG Finanzmärkte & Steuern für eine Attac Kampagne „Steurgerechtigkeit durchsetzen – Steuerprivilegien abschaffen!“ mit den beiden Schwerpunkten:

- Die Steuer- und Abgabensätze für Hyperreiche sind mindestens auf das Niveau der Normalverdiener*innen anzuheben. Dazu ist die Vermögenssteuer zu reaktivieren.
- Bei Erbschaften und Schenkungen dürfen große Vermögensübertragungen nicht steuerlich begünstigt werden.

Die AG wird auf dieser Basis versuchen, breite gesellschaftliche Bündnisse (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, NGOs) zu erreichen um eine Schwerpunktverschiebung der gesellschaftlichen Diskussion zu erreichen. Wie bei unseren vorhergehenden Kampagnen werden wir unsere Aktivitäten mit einer breiten Einbeziehung der Regionalgruppen gestalten.

Begründung

Die Einkommens- und Vermögensungleichheit nimmt in Deutschland, in Europa und weltweit immer mehr zu. Eine Unzahl von Untersuchungen belegen das immer wieder. Die Steuerkonkurrenz der Nationalstaaten hat zu einer kontinuierlichen Absenkung der Steuersätze für Unternehmen und Hyperreiche über die letzten Jahrzehnte hinweg geführt. So stellt der Oxfam-Bericht 2024 fest, dass das Vermögen der reichsten fünf Männer der Welt seit 2020 von 405 auf 869 Milliarden US-Dollar gestiegen ist. Für Deutschland berichtet das Netzwerk Steurgerechtigkeit, bei dem Attac aktiv mitarbeitet, dass das Vermögen der Superreichen um 500 Milliarden Euro nach oben korrigiert werden muss, und dass sich der typische effektive Steuersatz auf Milliardenvermögen seit 1996 halbiert hat. Denn im Unterschied zu den Firmen zahlen die deutschen Multimillionäre und Milliardäre fast keine Steuern auf ihre Vermögen. Heute zahlen sie regelmäßig Steuersätze unterhalb von 2%, da sie ihre Dividenden und anderen Einkommen in persönlichen Finanzholdings sammeln, die fast steuerfrei sind.

Deutschland gehört mittlerweile zu den Ländern mit der größten Vermögensungleichheit in der Welt. Die Folge: zunehmende Spaltung der Gesellschaft in die „Nichtshabenden“ und die „Hyperreichen“. Die einzelnen staatlichen Ebenen erhalten daher bei weitem nicht die Finanzmittel, die sie für die Herstellung gerechter und nachhaltiger gesellschaftlicher Strukturen brauchen. Statt diese Problemstellung offen zu benennen versuchen rechtsorientierte Parteien die Migration als gesellschaftliches Hauptproblem dazustellen und diese Menschen als Sündenböcke zu brandmarken. Unsere Aufgabe ist es, diese Täuschungsmanöver zu enttarnen und die politische Diskussion zum eigentlichen Problemkern zu führen: Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich. Es ist höchste Zeit, soll die Gesellschaft nicht vollends auseinanderfallen, diese gegenwärtige unfaire Lastenverteilung zu beenden. Steuerpolitik ist dabei eines der wirkungsvollsten Instrumente.

Schon seit langem fordert Attac die Umverteilung von oben nach unten und dies nicht nur in Deutschland, sondern gemeinsam im europäischen Netzwerk und weltweit. Die europäische

Bürgerinitiative „Tax The Rich“ mit der Forderung nach einer EU-weiten Vermögensbesteuerung zeigte den richtigen Weg: Nationale Anstrengungen müssen begleitet werden mit Maßnahmen, die die Steuerkonkurrenz der Nationen aushebeln durch internationale Vereinbarungen. Auch wenn die Kampagne auf europäischer Ebene insgesamt nicht zum Ziel geführt hat, so ist doch der große Erfolg auf der deutschen Ebene mit rund 100.000 Unterschriften Ansporn für weitere Schritte.

Auch auf internationaler Ebene gab es bei UN und bei G20 im Sommer wichtige positive Ergebnisse. Auf nationaler Ebene stehen beim Thema Steuergerechtigkeit zwei Ziele ganz vorne:

- Die Steuer- und Abgabenlast für Hyperreiche muss auf das Niveau der Normalverdiener*innen angehoben werden durch Reaktivierung der Vermögensteuer.
- Auch bei Erbschaften und Schenkungen dürfen große Vermögensübertragungen nicht steuerlich begünstigt werden.

Auch wenn unsere Ziele, entsprechend den gefassten Beschlüssen, weitergehend sind und wir sie bereits durch konkreten Einzelvorschläge unterlegt haben, so legen wir als aktuelle Kampagnenziele im Hinblick auf die gegenwärtige politische Situation und die kommende Bundestagswahl nur die beiden genannten Maßnahmen vor, um für diese Anstrengungen ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis erreichen zu können. Wir werden aber in den konkreten Aktivitäten, immer auf unsere Basispositionen zurückgreifen. Aufgabe in unserer nächsten Kampagnenphase ist es, die gesellschaftliche Diskussion auf diese Punkte zu fokussieren. Die Erfolge in anderen Ländern und auf der internationalen Ebene zeigen uns, dass wir dafür eine gute Chance haben – wir wollen sie nutzen.